

### Beschlussempfehlung

Kulturausschuss

Hannover, den 10.08.2016

#### **Von Yad Vashem lernen - Gedenkstättenarbeit in Niedersachsen zukunftsfest aufstellen!**

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/3692

(Es ist keine Berichterstattung vorgesehen.)

Der Kulturausschuss empfiehlt dem Landtag, den Antrag in folgender Fassung anzunehmen:

#### Entschließung

#### **Niedersächsische Gedenkstättenarbeit für lebendige Erinnerungskultur zukunftsfest aufstellen - Zusammenarbeit mit Yad Vashem ausbauen**

Der Landtag stellt fest:

1. Die Gedenkstätten in Niedersachsen leisten herausragende Arbeit, um die Erinnerung an den Holocaust und an die Verbrechen des Nationalsozialismus wachzuhalten. Eine wichtige Rolle spielen sie bei der pädagogischen Aufbereitung und Einordnung der geschichtlichen Ereignisse in Niedersachsen, insbesondere bei der schulischen Erinnerungsarbeit.
2. Die niedersächsischen Gedenkstätten haben die Aufgabe, dauerhaft an die Shoa, die Ermordung von sechs Millionen Juden, zu erinnern und dabei die verschiedenen anderen Gruppen von Opfern, z. B. Sinti und Roma, Homosexuelle u. a. auch verstärkt in den Blick zu nehmen.
3. Yad Vashem in Jerusalem ist das weltweit größte Zentrum für Dokumentation und Forschung zur Shoa und unterhält mit seiner International School for Holocaust Studies ein bedeutendes internationales pädagogisches Zentrum. Da es insbesondere dem Erfahrungsaustausch mit Pädagogen aus der ganzen Welt dient und methodisch-didaktisch neue Konzepte entwickelt, ist es ein wichtiger Impulsgeber auch für die niedersächsischen Gedenkstätten. Multiperspektivische Ansätze als Voraussetzung historisch-kritischer Bildung, die neben den Opfern besonders die Rolle von Tätern, Mitläufern und Zuschauern untersuchen, werden in der wissenschaftlichen Forschung, so auch in Yad Vashem, verfolgt.
4. Die Kultusministerkonferenz hat wegen dieser überragenden Bedeutung eine gemeinsame Absichtserklärung mit Yad Vashem unterzeichnet. Mehrere Bundesländer haben seitdem Kooperationsvereinbarungen mit Yad Vashem abgeschlossen, eine entsprechende Absichtserklärung hat die Niedersächsische Kultusministerin Ende Mai 2016 auch unterzeichnet. Im September werden Lehrerinnen und Lehrer am pädagogischen Austausch in Yad Vashem teilnehmen.
5. Die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten hat als zentrale Aufgabe die schulische Erinnerungsarbeit, die sie mit neuen Veranstaltungsformaten stets weiterentwickelt. Vor allem Schulen nutzen die Angebote der Gedenkstätten. Die finanziellen Zuschüsse des Landes für Schulfahrten reichen jedoch nicht aus. Sie sind bereits nach den ersten Monaten eines Jahres ausgeschöpft. Die Antragsverfahren erfordern einen hohen bürokratischen Aufwand.
6. Die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten fördert nicht nur Gedenkstätten und Erinnerungsorte in ganz Niedersachsen und arbeitet mit verschiedenen Partnern und Initiativen zusammen. Sie bietet auch verstärkt außerschulische Projekte an und öffnet sich neuen Zielgruppen.

7. Die Gedenkstätte Bergen-Belsen steht ebenso wie die Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel im Mittelpunkt der Arbeit der niedersächsischen Gedenkstätten. In dem früheren Konzentrations- und Kriegsgefangenenlager Bergen-Belsen kamen mehr als 70 000 Menschen durch Gewalt, Hunger und Krankheit ums Leben. Sie ist deshalb ein weltweit bekanntes Symbol für den Völkermord, vor allem an den Juden. Aufgrund ihrer besonderen Bedeutung erhält sie deshalb auch Mittel aus der institutionellen Förderung des Bundes.

Der Landtag begrüßt,

1. dass die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten die ganze Bandbreite der Erinnerungslandschaft mit vielfältigen Partnern in Niedersachsen fördert, ihre Professionalität stets ausbaut und national wie international vernetzt ist,
2. dass die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten die dauerhafte konzeptionelle Weiterentwicklung vorantreibt, so auch die Erweiterung der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel und der Gedenkstätte Bergen-Belsen auf das Camp der Displaced Persons in der heutigen Kaserne Bergen-Hohne anstrebt und historisch aufarbeiten wird,
3. die Absichtserklärung des Niedersächsischen Kultusministeriums mit Yad Vashem und den geplanten Lehreraustausch.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. im Sinne der Absichtserklärung bei der Zusammenarbeit mit Yad Vashem insbesondere die pädagogische Arbeit zu fördern und die erforderlichen Mittel für die Fortbildung niedersächsischer Lehrerinnen und Lehrer in Jerusalem bereitzustellen,
2. die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten bei der Kooperation mit Yad Vashem eng einzubinden,
3. weitere Fortbildungen nicht nur für Lehrkräfte, sondern auch für neue Zielgruppen, so etwa für Landesbedienstete, z. B. aus Polizei und Justiz, zu prüfen,
4. den niedersächsischen Gedenkstätten angesichts der Ausweitung ihres Aufgabenspektrums für die eigene pädagogisch-wissenschaftliche Arbeit und insbesondere für Schulfahrten Haushaltsmittel in Höhe von 100 000 Euro im Haushaltsplanentwurf für das Haushaltsjahr 2017 und ab dem Haushaltsjahr 2018 150 000 Euro vorzusehen,
5. das Antragsverfahren für Zuschüsse für Schulfahrten weiterzuentwickeln und zu entbürokratisieren,
6. den Landtag einmal jährlich - unter Berücksichtigung der Jahresberichte - über den Fortgang der Gedenkstättenarbeit, weitere Zielgruppen, eigene pädagogisch-wissenschaftliche Fortbildung sowie zusätzlichen Investitionsbedarf für Bauten und Infrastruktur zu informieren.

Heinrich Scholing  
Vorsitzender